

Inhalt

Juli/August 2007

Vorwort, neue Geschäftsführerin	2
Termine	3
Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	4
Urabstimmungsinitiativen, Gegendemo und Stromwechselfarty	5
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Neue Initiativen, faire Ware im Rathaus	6
Aus der Landtagsfraktion:	
• Kombilösung, Kohlekraftwerk, Recyclingpapier	7
• Schule in kommunaler Verantwortung, Pressemitteilungen, Initiativen	8
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Klimawandel, Umweltstandards	9
• Beschäftigung in Umweltbranchen, Bioplastik	10
• Jahrestagung der Kernenergiebetreiber, Sonnenhilfe	11
Kontakte	12

Hi Leute,

Selten, dass man mich mal dazu überredet bekommt, einen Artikel oder ein Vorwort zu schreiben. Ich bin eher ein Mensch, der etwas tut oder unterwegs ist. So auch am 2. Juni auf der Demo in Rostock. Als bunter, friedlicher und vielfältiger Protest angekündigt, war das genau etwas was mir liegt: Sowohl von der Methodik als auch von der Botschaft die der Protest transportieren sollte. Leider ging die Botschaft ein wenig in der Berichterstattung der Medien verloren. Ebenso die bunten und zum Teil recht lustigen Elemente. Da waren die Puppen der G8-Staatschefs, die gierig nach dem Geld der Entwicklungs- und Schwellenländer griffen. Die Schneemänner mit den traurigen Gesichtern von Greenpeace „Stop global warming“. Die vielen Plakate die nach dem "Worlds Top Terrorist No. 1" fahnden (Bushs Konterfei auf dem Plakat). Auch ein paar Clowns, die zum Beispiel während des N24 Interviews mit Claudia Roth hinter ihr herumhampelten, um ins Fernsehen zu kommen.

Obwohl bei dem Protest (zumindest auf der 2. Strecke, auf der ich war) die Roten Fahnen und Ballons dominierten, denke ich, dass wir Grünen auch eine gute Figur abgegeben haben. Die Grüne Jugend brachte einen Laptop, Musik, Riesenakku und Lautsprecher mit. Claudia selber trug teilweise unser schönes großes Transparent mit der Aufschrift „Lasst die Welt nicht außer 8“. Auch unser

Van hatte Aufdrucke dieser Art. Begleitet wurden wir von Traktoren mit Transparenten auf ihren Anhängern, die in viele verschiedenen Sprachen zum Beispiel dazu aufforderten agrarwirtschaftliche Kleinbetriebe zu erhalten.

Nach Angaben der Veranstalter folgten unserer Route in etwa 30.000 Menschen (die Schlange der Busse am Ende der Veranstaltung war einige Kilometer lang, oft mehrreihig, könnte also hinkommen!), der andere Demozug soll ebenso 30.000 Menschen umfasst haben, die vom Bahnhof kamen. Insgesamt fanden sich wohl 80.000 Menschen am Hafen zusammen. Fakt ist, dass man ab 16 Uhr, als das offizielle Programm begann, Schwierigkeiten hatte durch und um den Platz zu kommen. Leider wurde zuvor der Anfang der Veranstaltung von einem Helikopter überschattet, der etwa 10 m über unseren Köpfen in der Luft stand und die Musik mit dem Lärm seiner Rotoren übertönte. Auch die von den Medien ausführlich beschriebenen Unruhen begannen zu der Zeit am Rand der Veranstaltung.

Trotzdem, für mich waren Demo und Veranstaltung gelungen, rechtfertigten die 22 Stunden Busfahrt (11 je Strecke) und sind ein bleibender Eindruck - ganz im Sinne des Mottos: Eine Andere Welt ist möglich - WIR sind diese andere Welt!

Aber um erfolgreich zu protestieren muss grüne/grüner gar nicht so weit



fahren. Auch hier in Karlsruhe ist und war so einiges los. Die Gegenveranstaltung zur Jahrestagung Kerntechnik etwa: vormittags BUND, Greenpeace und Grüne mit Infoständen auf dem Platz vor dem Dorint Hotel in Karlsruhe, mittags ein Infostand auf dem Marktplatz und abends die gut besuchte Stromwechsellparty. Aber dazu kommt hoffentlich noch eine gründlichere Beschreibung mit Fotos auf unsere Homepage.

Grüne Grüße Tanja Kluth

Neue Kreisgeschäftsführerin

Seit Anfang Juni arbeite ich als Geschäftsführerin im Grünen Büro in der Sophienstraße. Auch wenn ich im Moment mit allen Tücken des Einarbeitens kämpfe: Ich habe mich sehr über die Zusage des Kreisvorstands gefreut. Drei Tage pro Woche werde ich weiterhin in meinem Beruf als Staudengärtnerin arbeiten, an drei Tagen für die Grünen organisieren und planen – eine gewagte Kombination, die aber fast alle meine Interessen abdeckt.

Ich bin vor über zehn Jahren zu den Grünen gekommen. Ausschlaggebend waren ihr Schwerpunktthema

Ökologie, ihr Ideal der Basisdemokratie - und dass sie bei allen Themen versuchen, über den morgigen Tag hinaus zu denken und über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken.

Trotz dieser zehn Jahre kenne ich nur wenige von euch persönlich: Ich lebe mit meinem Partner in Bruchsal, mitten im Kreisverband Karlsruhe-Land, wo ich die letzten sieben Jahre im Vorstand aktiv war. Meine Arbeit für den KV Karlsruhe ist also auch ein Stück gelebte regionale Vernetzung, die Weiterführung des Regionalbüros ist mir besonders wichtig.

Ich hoffe, viele von euch in den nächsten Monaten kennen zu lernen, und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit!



Ursula Häffner

100% Erneuerbare Energien bis 2050 – warum nicht?“

Regenerative Energien Mittelbaden e.V. lädt ein zur Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Peter Götz (CDU), Nicolette Kressl (SPD), **Sylvia Kotting-Uhl** (GRÜNE) und Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Moderation: Dr. Franz Alt

Dienstag, 26. 06. um 20.00 Uhr Alter Ratssaal, Rathaus Baden-Baden, Marktplatz 2

Bundeswehreinmäätze im Ausland...

... erfolgreich ? ... völkerrechtskonform ? ... verfassungsgemäß ?

"Bürger für den Frieden" laden ein zu einer Diskussion mit:

Eva-Maria Bentfeld, Dipl.-Päd. (Dipl.-Jur. mit Schwerpunkt Völkerrecht

Dr. phil. Götz Großklaus, em. Professor für Literatur und Medien an der Uni Karlsruhe

Johannes Jung, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, SPD

Monika Knoche, MdB Fraktionspolitische Sprecherin, DIE LINKE

Sylvia Kotting-Uhl, MdB, Umweltpolitische Sprecherin, GRÜNE

Donnerstag 28. Juni, 20:00 h Gemeindezentrum St.Bernhard, Georg-Friedrich-Str. 19

Lauf für Kinderrechte

Der Kreisverband hat eine eigenes Team aufgestellt (zusammen mit Uferlos e.V.) und freut sich über jede Unterstützung. Neben dem Ziel möglichst viele Runden zu laufen, sollen die Teams Gelder für Projekte sammeln, die vom Kinderbüro der Stadt mit ausgesucht werden. Also wer die Sache unterstützen will kann Spenden mit dem Verwendungszweck "24 Stunden Lauf" aufs Konto des Kreisverbandes überweisen (s. letzte Seite). Wer noch mitlaufen will, meldet sich bitte bei Michael (M.Gast@gmx.de) und wer uns anfeuern will, schaut einfach vorbei.

30.6.18h bis 1.7. 18h: 24h Gelände der SG Siemens, Hertzstr. 23,

Treffen des AK Klima

am Montag, 09.07. um 19:00 h im Grünen Büro

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat um 20:00 im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

Die Juli - MV ist am Mittwoch, 11.07. um 20 Uhr

Tagesordnung unter anderem:

- * **Alexander Bonde: Grüne Sicherheits- und Friedenspolitik**
- * Beschluss über den Haushalt des Kreisverbandes
- * Information und Beschluss über die Urabstimmungsinitiativen
- * allgemeine politische Debatte

Die September - MV ist am Mittwoch, 19.09. um 20 Uhr

Tagesordnung unter anderem:

- * Wahl der Delegierten zur LDK
- * evtl. Delegiertenwahl zu einer vorgezogenen BDK
- * allgemeine politische Debatte

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13.06.2007

Um ca. 20.15 Uhr eröffnet Tanja Kluth die MV.

Eine kurze Vorstellungsrunde findet statt.

1. Wechsel in der Geschäftsführung

Unsere neue Geschäftsführerin Ursula Häffner stellt sich vor: Sie ist von Beruf Gärtnerin, war viele Jahre im Vorstand des KV Karlsruhe-Land und wohnt in Bruchsal.

2. Nachwahl für einen Frauenplatz im Kreisvorstand

Leider findet sich auch in dieser MV keine Frau, die für den offenen Frauenplatz im Kreisvorstand kandidieren möchte.

Sabine Just-Höpfinger vom Kreisvorstand meint, es sollten sich alle darum bemühen für den November (wenn der gesamte Vorstand neu gewählt wird) eine geeignete Kandidatin zu finden, auch der AK Frauen sollte in den Findungsprozess eingebunden werden.

3. Wahl von 3 Delegierten zum Landesausschuss am 30.6.

Für die zwei Frauenplätze werden Gisela Splett und Doro Polle-Holl gewählt, als Ersatzdelegierte wird Sabine Just-Höpfinger gewählt.

Für den offenen Platz wird Markus Ryll gewählt, Johannes Honné wird als Ersatzdelegierter gewählt.

4. Vorstellung BUGA-Planungen und Diskussion des Konzepts

Die Gemeinderätinnen Anne Segor und Bettina Lisbach stellen den Stand der BUGA-Planungen vor.

Für die Durchführung der BUGA in Karlsruhe gibt es eine breite Mehrheit im Gemeinderat, obwohl der OB und die CDU sich eher zögerlich an der Planung beteiligen.

Die Entscheidung für oder gegen die BUGA soll eventuell noch vor der Sommerpause fallen.

Die BUGA-Planung steht noch unter Vorbehalt, da die Bahn einige für die BUGA benötigte Flächen noch nicht an die Stadt verkauft hat.

Grüne Ziele, die mit der BUGA verwirklicht werden sollen, sind: Verbindung von Grünflächen, mehr grüne Flächen im Osten, mehr Frischluftschneisen, Lernbauernhof auf dem Gut Maxau.

Störfaktoren für die BUGA wären: Nordtangente, neues Großkraftwerk, Kraftwerk der StoraEnso.

Der Nettoverlust der Stadt durch die BUGA würde etwa 60 - 100 Millionen Euro betragen. Der Landeszuschuss beläuft sich auf etwa 10 Millionen Euro.

An manchen Details könnte man noch sparen, an der Zoo-Erweiterung ebenso.

Sabine Just-Höpfinger regt an, den jährlichen Hinterhof-Wettbewerb mit den BUGA-Planungen zu vernetzen und die Karlsruher Bürger mehr einzubinden.

4. Allgemeine politische Debatte / Sonstiges

Nazi-Aktivitäten in Karlsruhe: Am 17. Juni soll in Bruchsal eine NPD-Schulung stattfinden, am 23.6. soll es in Karlsruhe eine Versammlung der DVU geben.

Die LAG Innere Sicherheit, Demokratie... will im Herbst eine Resolution gegen Rechts herausgeben.

Lauf für Kinderrechte: Michael Gast vom Vorstand lässt eine Liste herumgehen, auf der sich die LäuferInnen eintragen können. Anhand der Liste soll entschieden werden, ob genug Freiwillige sich für die Teilnahme gemeldet haben.

Gisela Splett zur Kombi-Lösung:

Am Durlacher Tor soll für die Zeit des Tunnelbaus eine Separieranlage stationiert werden, die Tag und Nacht Lärmbelastung für die Anwohner bringt. Die Unterlagen kann man

im Rathaus einsehen. Einen öffentlichen Erörterungstermin gibt es im Herbst. Alle können bei der Stadt Einwendungen erheben, insbesondere vom Lärm der Separieranlage direkt Betroffene.

Jörg Rupp zur Urabstimmung/zum Freiburger Antrag:

Es gibt eine neue Initiative vom KV Freiburg zur Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat. Die Grüne Jugend hat dazu eine Gegeninitiative gestartet.

Jörg beantragt, dass es dazu in der nächsten MV einen Tagesordnungspunkt gibt. Außerdem lässt er Unterschriftenlisten für die Gegeninitiative der Grünen Jugend herumgehen.

Damit über einen Antrag auf der LDK abgestimmt wird, müssen 5 % der Mitglieder oder mindestens 12 Kreisverbände zugestimmt haben.

Am 28. Juni findet eine Veranstaltung zur Friedenspolitik mit Sylvia Kotting-Uhl im Gemeindezentrum St. Bernhard statt.

Tanja Kluth zur G8-Demo:

Tanja hat nicht viel von der Randal mitbekommen, um sie herum war es einigermaßen friedlich.

Obwohl die Medien so schlecht berichtet haben, fand sie die Aktionen erfolgreich und den Protest bunt und einfallreich.

Jörg meint dazu, der Tornado-Einsatz und der Einsatz von Bundeswehr-Fahrzeugen seien das eigentlich Neue und Gefährliche gewesen.

Mehrere Mitglieder meinen, man sollte vielleicht mal eine gesonderte MV zu dem Thema machen, und dann vielleicht auch einen Referenten (z.B. von Attac) dazu einladen.

Um ca. 21.55 Uhr beschließt Tanja Kluth die Mitgliederversammlung

Protokoll: Thomas Krause

Zwei Urabstimmungsinitiativen

Im Moment werben zwei Urabstimmungsinitiativen zu Satzungsfragen um UnterstützerInnen.

Die Initiative des KV Freiburg hat das Ziel, die Trennung von Amt und Mandat im geschäftsführenden Landesvorstand teilweise aufzuheben. Als Reaktion starteten die Grünen Jugend u.a. ihre Initiative „Für mehr Mei-

nungsvielfalt in der Partei“: Keine Veränderung in der Zusammensetzung des geschäftsführenden Landesvorstands, dafür eine stärkere Beschränkung der Zahl von Mandatsträgern im Landesparteirat.

Die beiden Urabstimmungsinitiativen stehen auf der Tagesordnung der Juli-MV. Wer am 11.7. nicht zur MV

kommen kann oder möchte, findet Texte und Unterschriftenlisten unter www.gruene-freiburg.de bzw. bei www.gjbw.de. Denn: Bevor eine Urabstimmung eingeleitet wird, braucht eine Initiative die Unterstützung von 5% der grünen Mitglieder (etwa 330) oder von 12 Kreisverbänden.

Ursula Häffner

Gegendemo und Stromwechselfarty zum Jahreskongress der Kernenergiebetreiber

Gemeinsam mit BUND, Greenpeace und NaBu veranstaltete der Kreisverband Karlsruhe am 22.5., dem Jahreskongress der Kernenergiebetreiber eine Gegendemo: Mit Infoständen, aufblasbarem AKW und Atomkegelspiel wurden die Tagungsteilnehmer vor Ort auf die Gefahren der Dinosauriertechnologie Atomkraft angesprochen – und gleich zur am Abend stattfindenden Stromwechselfarty eingeladen. Die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, die Landtagsabgeordnete Gisela Splett und die beiden Landesvorsitzenden Daniel Mouratidis und Petra Selg unterstützten den Kreisverband mit ih-



rer Präsenz und machten vor zahlreich vertretener Presse noch einmal eindringlich klar, dass das Festhalten an der Atomtechnologie nicht nur unabsehbare Folgen hat, sondern auch klimafeindlich und teuer ist.

wechsellern aus erster Hand sorgte Martin Halm, einer der Geschäftsführer der EWS-Elektrizitätswerke Schönau. Sylvia Kotting-Uhl, MdB, Gisela Splett, MdL, Sabine Just-Höpfinger (Vorstand KV) und Armin Gabler (für BUND) luden die Gäste, die ihre alten Stromrechnungen mit-

Am Abend fand dann eine rauschende Stromwechselfarty im Café Palaver statt. Das von Greenpeace beigesteuerte Dinomotiv auf dem Plakat hatte anscheinend viele Menschen angesprochen. Für Infos zum Strom-

gebracht hatten zu einem Gratisdrink ein. Sichtlich beeindruckt waren alle von dem Filmbeitrag „Wilhelm Knobloch und das Atomzeitalter“, zeigte dieser doch, was Wilhelm Knobloch, Förster a. D., in vielen Jahren akribischer Recherche über die Verschleierungstaktik des ehemaligen Kernforschungszentrums bezüglich radioaktiver Emissionen und Störfälle herausgefunden hatte. Ausführliche Pressemitteilung und Fotostrecke unter www.gruene-karlsruhe.de

Ulrike Maier

Gesucht - Gefunden

Vermisst jemand eine grau-weiße **Regenjacke** der Fa. crane, Größe M?

Sie ist am Stand bei der Gegendemo der Kernenergiebetreiber liegen geblieben. Bitte melden im Grünen Büro unter 20 31 232.

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

Neue Anträge und Anfragen

[29.05. Mittagstisch in Schulen, Schülerhorten und Kindertagesstätten](#)

[29.05. Städtische Solarthermie-Initiative](#)

[12. 06. Auffangstation für beschlagnahmte Tiere im Karlsruher Zoo](#)

Pressemitteilungen gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

[05.06. Altlasten in Kleingärten auf Bahngelände in der Stuttgarter Straße – Offener Brief](#)

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

Faire Ware im Rathaus - wir bleiben dran!

Globale Gerechtigkeit – seit G8 ist dieses Thema wieder in den Fokus gerückt. Auch wenn die Kommunen sich kaum in die Weltpolitik einmischen können, so gibt es doch auch auf kommunaler Ebene zahlreiche Möglichkeiten, sich für gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit einzusetzen. Ein wichtiger Bereich ist hier das kommunale Vergabe- und Beschaffungswesen. Als Großeinkäuferin und Großverbraucherin hat die Kommune hier Gewichtiges in die Waagschale zu legen, wenn sie sich dafür entscheidet, ihr Beschaffungswesen an den Kriterien des fairen Handels auszurichten. Sie kann zum einen dazu beitragen, dass die Einzel- und Großhändler in Stadt und Region ihr Warenangebot neu ausrichten und fair gehandelte Produkte in ihr Sortiment mit aufnehmen. Zum anderen kann eine Gemeinde, wenn sie ihr Engagement öffentlich bewirbt, auch Vorbildcharakter für viele Unternehmen und Privatpersonen in der Stadt haben.

Die Produktpalette für Ware aus fairem Handel ist weit. Sie reicht von Kaffee und kakaohaltigen Produkten über Orangensaft, Schnittblumen, Fußbällen bis hin zu Natursteinen, die – wenn sie aus Entwicklungsländern kommen und nicht aus fairem Handel stammen – häufig von klei-

nen Kindern in Schwerstarbeit behauen werden.

Mit zwei Gemeinderatsanträgen haben wir uns 2005 und Anfang 2006 den Themen Kinderarbeit und fairer Handel im Rahmen des städtischen Beschaffungswesens in Karlsruhe gewidmet. Sowohl Stadtverwaltung als auch Gemeinderat haben sich klar dafür ausgesprochen, dass die Stadt künftig Ware aus fairem Handel beschaffen und Produkte meiden soll, die in ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden. Das Umweltamt wurde aufgefordert, die städtischen Dienststellen hierbei zu unterstützen und ihnen das Warenangebot aus fairem Handel möglichst einfach zugänglich zu machen.

Im März 2007 wurde uns über den Stand der Dinge berichtet. Leider hat sich herausgestellt, dass hinsichtlich des Einkaufs von Waren aus fairem Handel im Karlsruher Rathaus bestenfalls Teilerfolge erzielt wurden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Oft ist die Beschaffung von Ware aus fairem Handel für die betroffenen Dienststellen aufwändiger als über den herkömmlichen Weg. Und nicht überall besteht die Bereitschaft, sich diesem Thema ernsthaft zu widmen und dafür auch die notwendige Zeit zu investieren.

Ein weiterer Grund für die oft zögerliche Haltung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Ware aus fairem Handel zu beschaffen, ist in der städtischen Vergabe-Dienstanzweisung zu suchen. Diese enthält zwar ausreichend Hinweise auf die Berücksichtigung des Umweltschutzes (welche leider auch nicht besonders konsequent verfolgt werden – auch hier müssen wir mal wieder nachhaken). Es fehlt aber der Hinweis, dass die Kriterien des fairen Handels bei Ausschreibungen und freier Vergabe ebenfalls zu beachten sind und dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit grundsätzlich nicht beschafft werden sollen.

Um hier wieder einen Schritt voran zu kommen, haben wir jetzt beantragt, dass der Gemeinderat sich für eine Veränderung der städtischen Vergabe-Dienstanzweisung ausspricht und dem Oberbürgermeister empfiehlt, eine entsprechende Dienstanzweisung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu erlassen. Wir hoffen, dass der Gemeinderat auch diesmal unserem Antrag folgt und dass auch unserem Oberbürgermeister der Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit und für fairen Handel mehr als nur ein Lippenbekenntnis wert ist!

Bettina Lisbach



Gisela Splett

Aus der Landtagsfraktion

„Verwirrspiel“ Kombilösung

MdL Gisela Splett und MdL Renate Rastätter fordern die Erarbeitung realisierbarer Alternativen

Wir fragen uns, wie lange denn noch am Verwirrspiel um die Kombi

lösung festgehalten

werden soll. Wir fordern statt einem hartnäckigen Festhalten an diesem Projekt mit ungewissem Ausgang die Erarbeitung realisierbarer Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Innenstadt.

Dass die Finanzierung der Kombilösung höchst ungewiss ist, ist schließlich nichts Neues. Bereits im Februar hatte die Landesregierung ja wissen lassen, dass die Entscheidung zur Art der Finanzierung erst dann erfolgen kann, „wenn der Planfeststellungsbeschluss, das Ergebnis der fachtechnischen Prüfung und der Abschlussbericht der PPP-Experten-gruppe vorliegt.“

Schon allein der Planfeststellungsbeschluss lässt jedoch auf sich warten. Angekündigt ist nun eine Auslegung geänderter und ergänzter Planunterlagen vom 11. Juni bis 10. Juli. Der Erörterungstermin wird erst im September stattfinden. Und wenn der zeitliche Ablauf so ist wie nach dem

ersten Erörterungstermin im Mai 2006, dann muss damit gerechnet werden, dass bis zur Vorlage des Protokolls wieder etliche Monate vergehen. Hinzu kommt, dass bei der Nutzen-Kosten-Untersuchung ein Quotient von mageren 1,1 errechnet wurde, der zudem noch weiteren Prüfungen unterzogen werden soll.

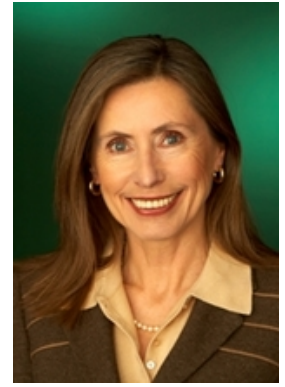
Das Projekt hat seit dem Bürgerentscheid im Jahr 2002 erhebliche Änderungen erfahren und für den jetzigen Planungsstand ist wahrscheinlich keine Mehrheit zu gewinnen. So ist der im Jahr 2002 präsentierte Zeitplan schon lange nicht mehr zu halten. Und die Finanzierung stellt sich inzwischen ganz anders - für die Stadt Karlsruhe negativer - dar.

Auch von einem „baulichen Zwischenzustand“, der jetzt Gegenstand der neuen Teilauslegung ist, ist 2002 nicht die Rede gewesen. Dieser Zwischenzustand bedeutet, dass in der Kaiserstraße die Bahnen gleichzeitig ober- und unterirdisch verkehren. Der Umbau der Kriegsstraße soll erst später erfolgen. Damit hätten wir dann auf unbestimmte Zeit genau den Zustand, den die Karlsruher Bürgerinnen und Bürger schon 1996 abgelehnt haben.

Die U-Strab in der Kaiserstraße dient nicht dazu, einen „Verkehrsin-farkt“ im Zentrum

Karlsruhes abzuwenden. Damit widersprechen wir MdL Johannes Stober, der jüngst wieder mit diesem Argument die Erforderlichkeit der Kombilösung im Innenausschuss begründet hat. Die Tieferlegung der Gleise führt eben nicht zu einer Kapazitätserhöhung; hierzu bedarf es der Erweiterung des Netzes mit der neuen Trasse in der Kriegsstraße. Für den Umbau der Kriegsstraße haben sich die Grünen immer stark gemacht. Der Tunnel in der Kaiserstraße stellt hingegen eine Fehlplanung dar, die weder dem ÖPNV noch der Innenstadtentwicklung auf lange Sicht dient.

Die Planunterlagen liegen noch bis 10. Juli im Weinbrennerhaus am Marktplatz aus. Wesentliche Punkte sind die geplante Separieranlage beim Durlacher Tor und der so genannte "Zwischenzustand" mit ober- und unterirdischen Betrieb in der Kaiserstraße.



Renate Rastätter

Dicke Luft wegen geplantem Kohlekraftwerk

Die EnBW plant den Neubau eines 800 MW Kohlekraftwerks im Karlsruher Westen. Gleichzeitig plant Stora Enso ihre bisher hauptsächlich erdgasbasierte Energieeigenversorgung auf Steinkohle, eigene Produktionsabfälle, Kunststoffe und Altholz umzustellen. Ebenso wie der Grüne Kreisverband und die Grüne Ge-

meinderatsfraktion lehnen Gisela Splett und Renate Rastätter beide Vorhaben ab. In einem Antrag haben sie insbesondere die Folgen der Planungen für die Luftqualität in Karlsruhe thematisiert.

Antrag „Folgen aktueller Planungen für die Luftqualität in Karlsruhe“

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1315.html

Pressemitteilung "Luftverschmutzung wird durch geplantes Kohlekraftwerk in Karlsruhe ansteigen"

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Luftverschmutzung_durch_Kohlekraftwerk.pdf

Recyclingpapier als Standard in Landesbehörden

In einer Pressekonferenz am 31.05.07 äußerten sich Gisela Splett und Martina Dausch von der Initiative 2000plus zum Thema Recyclingpapier. Folgende dpa-Meldung ist daraus entstanden:

Die Verwendung von Recyclingpapier muss nach Ansicht der Landtags-Grünen Standard in allen Landesbehörden werden. Es müsse klare und verbindliche Regeln zur vorrangigen Verwendung von Recyclingpapier in allen Dienststellen ge-

ben, forderte die Grünen-Abgeordnete Gisela Splett in Stuttgart. Die Bestellung von Frischfaserpapier müsse begründet werden.

Der Recyclingpapieranteil in der Landesverwaltung sei in den vergange-

nen Jahren rückläufig. So habe der Kostenanteil an Recyclingpapier in der Landesverwaltung 2002 bei 40% gelegen, im Jahr 2006 bei nur 27%. Die Landesverwaltung müsse bei der umweltorientierten Beschaffung Vorbild sein.

In den Ministerien fällt die Nutzung von Recyclingpapier nach Grünen-Angaben sehr unterschiedlich aus: Während das Umweltministerium

einen hohen Anteil von 87% habe und auch das Kultusministerium auf 80% komme, sei im Justizministerium zumindest im Jahr 2002 Umweltpapier offensichtlich nicht bekannt gewesen. Es gebe mittlerweile Recyclingpapier für jeden Einsatzzweck. Außerdem halte es sich über mehrere 100 Jahre und eigne sich deshalb auch zur Archivierung. Es sei nicht nur ökologisch sinnvoll, weil weniger

Holz, Energie, Wasser und Chemikalien eingesetzt werden. Es sei auch kostengünstiger: So spare die Stadt Stuttgart nach eigenen Angaben mit einem Recyclingpapieranteil von 85% jährlich 45000 Euro ein.

Handout der Pressekonferenz:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dokbin/184/184872.recyclingpapier_umweltfreundlich_und_bil.pdf

Selbstständige Schule in kommunaler Verantwortung

Die weitgehende kommunale Verantwortung für die Schulen ist der ideale Weg für eine Qualitätsoffensive im Bildungsbereich. Längst schon beschränken sich Kommunen nicht mehr auf ihre traditionelle Aufgabe als sächlicher Schulträger. Derzeit wird dieser neue Bildungsaufbruch von unten von der Landesregierung massiv blockiert, um das dreigliedrige Schulsystem um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Die Grünen wollen den Kommunen mehr Verantwortung

für ihre Schulen, für die Schulstruktur und für eine Neuordnung ihrer Schulstandorte geben. Nur so bewältigen wir die großen Herausforderungen unseres Bildungswesens: die optimale Förderung aller Schülerinnen und Schüler, die Schaffung sozialer Gerechtigkeit und die Sicherung wohnortnaher attraktiver Schulstandorte.

Um allerdings nachhaltig die Qualität der Bildung für alle Kinder zu verbessern, muss die Dreigliedrigkeit und

damit verbundene Selektion in nicht real existierende homogene Gruppen aufhören. Das starre Festhalten der Landesregierung am drei- bzw. viergliedrigen Schulsystem ist ideologisch rückwärts gewandt und schadet vor allem den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien.

Handout der Pressekonferenz:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dok/186/186226.die_selbststaendige_schule_in_kommunaler.htm

Pressemitteilungen

18.05.07 Die mutige Initiative der rund 100 **Hauptschulrektoren** aus Südwürttemberg verdient unseren Respekt und unsere Solidarität

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Offener_Brief_Hauptschulleiter_18_5_07.pdf

25.05.07 Beschlüsse für neue Baugebiete in **Stupferich** überprüfen

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Flaechenverbrauch2.pdf

30.05.07 Grüne: Die **Schulverpflegung** prägt das Ernährung(fehl)verhalten

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/184/184700.gruene_die_schulverpflegung_praegt_das_e.htm

04.06.07 **Tag der Umwelt** - Höchste Zeit für Taten

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/185/185331.tag_der_umwelt.htm

06.06.07 MdL Splett kritisiert Genehmigungspraxis bei Bauleitplänen: „So wird eine Senkung des **Flächenverbrauchs** nicht gelingen“

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/185/185769.mdl_splett_kritisiert_genehmigungspraxis.htm

07.06.07 Grüne für **Car-Sharing**-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum: Aus klimapolitischen Gründen unbedingt wünschenswert

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Carsharing_.pdf

08.06.07 Bei **Ozonbelastung** wird Zielsetzung verfehlt - MdL Gisela Splett: Heiße Sommer verschärfen die Ozon-Problematik

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/186/186093.bei_ozonbelastung_wird_zielsetzung_verfe.htm

11.06.07 Grüne: Elternwille respektieren – **Wahlfreiheit** gewährleisten

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/186/186247.gruene_elternwille_respektieren_noch_kan.htm

Neue Initiativen

Fortschreibung des **Umweltplans**: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1289.html

Anfrage „Großflächiger Pestizideinsatz gegen **Waldmaikäfer**“: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1328.html

Fraktionsantrag Ausbildung für den **Elementarbereich** an **Hochschulen** des Landes: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1329.html

Antrag Entwicklung und Verwendung der **Lehrbeauftragtenmittel**: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1349.html

Hinweis: Alle **Drucksachen und Pressemitteilungen** können auch im Büro von Gisela Splett angefordert werden unter **Telefon: 0711/ 2063-966**



MdB Sylvia Kotting-Uhl

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

PRESSEMITTEILUNG vom 15.06.2007

Klimawandel schafft Wüsten und vertreibt Menschen

Anlässlich des Welttags zur Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürre am Sonntag, den 17. Juni erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen:

Der Welttag zur Bekämpfung der Wüstenbildung steht in diesem Jahr unter dem Motto „Wüstenbildung und Klimawandel – eine globale Herausforderung“. Nach dem Bericht des UN-Klimarats IPCC weiß jede PolitikerIn: Ohne energisches Umsteuern wird sich die Temperatur auf der Erde drastisch erhöhen. Die Ausbreitung der Wüsten ist eine vor allem vom Menschen zu verantwortende Entwicklung. Die verschwenderische Lebens- und Wirtschaftsweise der reichen Länder zwingt Menschen in Afrika und Asien in Armut und Flucht. Mehr als 1 Milliarde Menschen in der Welt sind schon jetzt

von zunehmender Wüstenbildung bedroht. Selbst in den USA und in einigen Gebieten Südeuropas greift die „Desertifikation“ inzwischen um sich.

Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung war das G8-Treffen in Heiligendamm nicht einfach nur enttäuschend. Wenn die Hauptverantwortlichen für die Klimaveränderung ein Gegensteuern gegen die zerstörerische Entwicklung bis Mitte des Jahrhunderts lediglich „in Betracht ziehen“, dann nehmen sie das wachsende Elend in den armen Ländern Afrikas und Asiens sehenden Auges in Kauf. Jean Ziegler, der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung wiederholt zu Recht immer wieder den Satz: „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet“.

Ich füge hinzu: Wer heute in großem Maßstab den Bau von Kohlekraftwer-

ken in Deutschland fördert, weiß, was er damit anrichtet. Umsteuern ist dringend nötig – und es ist möglich. Auch jede/r Einzelne kann etwas tun: Wer heute auf Ökostrom umsteigt, der tut auch etwas gegen die Verwüstung der Welt.

Zur Information:

Am 17. Juni 1994 wurde in Paris die internationale Konvention gegen die Wüstenbildung verabschiedet. 1996 wurde sie rechtskräftig. Sie ist eine von drei aus dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 hervorgegangenen Umweltkonventionen. 191 Staaten haben sie ratifiziert und sich damit verpflichtet, die Wüstenbildung in den Trockengebieten der Erde zu stoppen, ausgehend von den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung. Das Sekretariat der Wüstenkonvention hat seinen Sitz in Bonn.

PRESSEMITTEILUNG vom 13.06.2007

Große Koalition verschleudert Umweltstandards

Zur beabsichtigten Änderung des Bundesimmissionschutzrechts durch die große Koalition erklärt die Karlsruher Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen:

Im Umweltausschuss des Bundestags haben sich heute CDU/CSU, SPD und FDP auf deutliche Verschlechterungen des Bundesimmissionschutzrechts verständigt. Werden diese Vorhaben auch vom Parlament abgesegnet, dann werden es Anwohner von Industrie- und Landwirtschafts-Betrieben künftig schwe-

rer haben, sich gegen Lärm und andere gesundheitsschädliche Auswirkungen solcher Anlagen zu wehren. Die bisher vorgesehene obligatorische Öffentlichkeitsbeteiligung wird für viele Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe aufgehoben.

Mussten die Anwohner z.B. bisher bei einer Hühnerfarm mit 20.000 Hennen an der Anlagengenehmigung durch einen Erörterungstermin obligatorisch beteiligt werden, so dürfen sie nun erst ab einer Größe von 40.000 mitreden, und auch das nur, wenn die Genehmigungsbehörde das für erforderlich hält.

Die schwarz-rote Bundesregierung begründet die beabsichtigte Einschränkung des Umweltschutzes damit, dass die Genehmigungsverfahren beschleunigt und entbürokratisiert werden müssten. Dem hat der von der Regierung selbst berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen im Vorfeld der heutigen Debatte in einem Sondergutachten deutlich widersprochen. Schon heute, so die Umweltweisen, sind die deutschen Genehmigungsfristen mit die kürzesten in Europa. Weitere Verfahrensbeschleunigungen drohten zu Lasten der Erfordernisse des Umweltschutzes gehen.

Wenn die Bundesregierung beim Bundesimmissionschutz nun Gewerbeinteressen so klar gegen Umweltschutzinteressen positioniert, dann ist das leider auch ein sehr schlechtes Signal für das große Vorhaben eines Umweltgesetzbuches. Immer-

hin sind die Immissionschutzgesetze ein Kernbestandteil der Umweltgesetzgebung.

In der SPD jammern derzeit viele darüber, dass sie in der großen Koalition gegenüber der Partei der Kanzlerin so schwach wahrgenom-

men werden. Wenn die Sozialdemokraten das Erbe von Rot-Grün so billig verschleudern, wie bei der jetzt beabsichtigten Änderung des Bundesimmissionsgesetzes, müssen sie sich über ihre Imageschwäche nicht wundern.

PRESSEMITTEILUNG vom 05.06.2007

Innovation und Beschäftigung in Umweltbranchen

Anlässlich des heutigen Tages der Umwelt erklärt Sylvia Kotting-Uhl, Karlsruher Abgeordnete und umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag:

Der Tag der Umwelt steht im Jahr 2007 unter dem Motto "Umwelt, Innovation, Beschäftigung". Das ist ein guter Anlass, daran zu erinnern, dass die ökologischen Wirtschaftsbereiche sich zu einem der stärksten Motoren der Beschäftigungsförderung entwickelt haben.

Während die Lobbyisten der Großindustrie jahrelang über den "Arbeits-

platzkiller Umweltschutz" lamentierten, haben sie die realen Arbeitsplatzchancen oft verschlafen. Die deutschen Automobilkonzerne sind dafür ein besonders trauriges Beispiel. Das Versagen des dortigen Managements müssen jetzt die Beschäftigten ausbaden.

Zum Glück gibt es aber auch Wirtschaftsbereiche, die die ökologische Innovation als Chance begriffen und genutzt haben. Im Bereich der Erneuerbaren Energien und in der Umwelttechnologie können wir uns über einen Beschäftigungsboom freuen.

Umwelttechnik ist in Deutschland zur Leitindustrie geworden. 2020 wird dort voraussichtlich ein höherer Umsatz erzielt als im Kraftfahrzeug- oder Maschinenbau. Schon heute werden in den Umweltbranchen mehr Menschen beschäftigt als in der Automobilindustrie. Ganz unbeschneiden möchten wir dazu auch festhalten, dass Kompetenz bei Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ganz zu Unrecht CDU/CSU und FDP zugeschrieben wird. Die Keule vom "Arbeitsplatzkiller Umweltschutz" wurde in dieser Ecke besonders häufig geschwungen.

PRESSEMITTEILUNG vom 23.5.2007

Bioplastik statt Erdölplastik

Anlässlich des heute im deutschen Bundestag vorgestellten Monitoring-Berichtes zur „Industriellen stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe“ des Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) beim Bundestag erklären Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin und Hans-Josef Fell, energiepolitischer Sprecher:

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich auch für stoffliche Nutzung von Biomasse verbindliche und ehrgeizige Ziele zu formulieren, entsprechende Förderstrategien umzusetzen und bestehende rechtliche Hemmnisse für Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen - wie sie beispielsweise im Abfallrecht bestehen - abzubauen, wie es auch der TAB-Bericht fordert. Vor allem fordern wir die Bundesregierung auf, keine bestehenden Förderinstrumente abzubauen, wie dies derzeit in der Novelle der Verpackungsverordnung geplant ist. Wer die Chancen der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe verkennet, verspielt große Chancen für Umwelt und Wirtschaft.

Der TAB-Bericht zeigt, dass Biomasse ein gewaltiges Potential hat, den klimaschädlichen Erdölverbrauch sowohl in der Energiewirtschaft als auch in der chemischen Industrie zu vermindern. Wir sehen uns dadurch in unserer Strategie „Weg vom Öl bestätigt“, nach der bis 2020 ein Viertel der erdölbasierten Produkte durch solche aus nachwachsenden Rohstoffen ersetzt werden sollen.

Die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe hat großes ökologisches und ökonomisches Potenzial. Sie ist neben der Förderung von Biokraftstoffen und erneuerbaren Energien ein zentraler Bestandteil des Umbaus unserer Wirtschaft auf die Nutzung erneuerbarer Energie- und Rohstoffquellen.

Nach dem vorgelegten Bericht wird eine stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Verringerung von Importabhängigkeiten von fossilen Ressourcen führen und Klima und Umwelt schützen. Die stoffliche

Nutzung nachwachsender Rohstoffen hat darüber hinaus ein beachtliches Innovationspotenzial sowohl bei der Entwicklung neuer Produkte als auch bei der Entwicklung neuer Herstellungsverfahren.

Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim deutschen Bundestag erwartet, dass nachwachsende Rohstoffe mittel- bis langfristig eine zentrale Rolle für die Herstellung chemischer Grundstoffe spielen können. Die Verwendung von Erdöl in der chemischen Industrie kann durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Bioraffinerien fast völlig überflüssig werden.

Die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe bringt keine zusätzliche Konkurrenz um Anbaufläche mit Nahrungsmitteln oder Bioenergien mit sich, wenn sich der stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe im Sinne einer Kaskadennutzung eine energetische Nutzung anschließt und mit Bioraffinerien auch Reststoffe als Rohstoffe eingesetzt werden.

PRESSEMITTEILUNG vom 22.5.2007

Jahrestagung der Kernenergiebetreiber in Karlsruhe

Anlässlich der in Karlsruhe stattfindenden Jahrestagung Kerntechnik erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen Sylvia Kotting-Uhl:



Dass die Atomlobbyisten heute das Märchen von der klimafreundlichen Atomkraft aufwärmen wollen, war zu

erwarten. Die Wahrheit ist aber: Atomtechnik ist eins der größten Hemmnisse für den Klimaschutz.

Atomkraft ist nicht CO₂-frei. Schon bei der Uranförderung und -verarbeitung wird mehr Treibhausgas freigesetzt als bei Wind-, Wasser- oder Bioenergien. Da AKWs keine nutzbare Wärme liefern, müssen hierfür zusätzliche Kraftwerke bereitgestellt werden. Berücksichtigt man das, dann sind die von Atomkraftwerken verursachten CO₂-Emissionen sogar höher als die von Erdgas-Blockheizkraftwerken.

Atomkraft ist teuer. Ohne massive staatliche Unterstützung sind AKWs wirtschaftlich nicht wettbewerbsfähig. Wären die für Atomkraft ausgegebenen Milliardensubventionen in den vergangenen Jahrzehnten zur Förderung umweltverträglicher Techniken eingesetzt worden, dann wären der Anteil der Erneuerbaren am deut-

schen Energiemix und die Effizienz der Energienutzung heute beträchtlich höher.

Hinzu kommt: Atomkraftwerke sind ein Symbol für den ineffizienten Zentralismus der Industriegesellschaft des letzten Jahrhunderts. Für die dezentrale vernetzte Gesellschaft der Zukunft sind dezentrale Kraftwerke notwendig, die da stehen wo Strom und Wärme auch verbraucht werden.

Atomkraft ist eine sterbende Technologie. Im letzten Jahr gingen 7 AKWs vom Netz. In Europa wird heute weniger Atomstrom produziert als vor 10 Jahren.

Symbole der Zukunft sind die Bioenergiedörfer Mauenheim und Jühnde, die ihren kompletten Strom- und Wärmebedarf aus Biomasse und Solarenergie decken – und so ganz nebenbei schwarze Zahlen schreiben und die Kaufkraft in ihren Regionen halten.

"Sonnenhilfe" will Solaranlage auf Werkstätten erweitern

Anlässlich des internationalen Tages der Umwelt am 5.6. hatte Sylvia Kotting-Uhl Gelegenheit, die Solaranlage auf dem Dach der Hagsfelder Werkstätten, einem Projekt des von Klaus Stapf und Bettina Lisbach gegründeten Vereins Sonnenhilfe e.V., zu besichtigen und sich über die weitere Planung zu diesem gelungenen Modell für Ökonomie und Ökologie zu informieren. Die BNN berichtete am 6.6.2007 (Dorothea Gaipi):

Die Solaranlage nimmt nicht viel mehr Platz ein als zwei Kleinwagen. Aber der von ihr erzeugte Strom versorgt einen vierköpfigen Haushalt und spart pro Jahr 1 000 Kilogramm CO₂-Emissionen. Und nicht nur das - in der Vergangenheit hat die Anlage dabei geholfen, einen Clown für kranke Kinder zu finanzieren, Behinderte mit einem Infokoffer zum Thema "Familie" zu versorgen und schwererziehbaren Jugendlichen zu ermöglichen, Fahrrad zu fahren.

Die Solaranlage gehört dem Verein Sonnenhilfe. "Unser Verein will mit der Kraft der Sonne das Klima schüt-

zen und soziale Projekte unterstützen. Dazu spendet er seine Einnahmen", sagte gestern Stadtrat Klaus Stapf, Vorsitzender des Vereins, anlässlich einer Begehung der Anlage zum internationalen Umwelttag. Doch der Verein hat ein Problem: "Gerne möchten wir die Fläche noch vergrößern. Ein größerer Ausbau ist aber nicht möglich, weil wir dann trotz unserer gemeinnützigen Ziele als Wirtschaftsbetrieb gelten würden", sagte Stapf.

Gemeinsam mit seinen Mitstreitern Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitischer Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, und Norbert van Eickels, Geschäftsführer der Hagsfelder Werkstätten und Wohngemeinschaften, will Stapf sich dafür einsetzen, dass die Anlage trotzdem erweitert werden kann: "Sollten sich ausreichend Spender melden, werden wir eine Kommanditgesellschaft gründen, deren Mitglieder sich verpflichten, die Erträge der Sonnenhilfe zu spenden", sagte Stapf. "Wir verkaufen sozusagen vor dem Hinter-

grund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Solarstrom an die Stadtwerke. Uns wird ein guter Preis von 54 Cent pro Kilowattstunde über 20 Jahre garantiert, so dass wir mit einem Erlös von 800 Euro jährlich rechnen."

Was den Zeitrahmen des Ausbaus angehe, so solle er möglichst zügig vonstatten gehen. "Nach dem Gesetz wird umso weniger Geld ausgeschüttet, je später man die Anlage errichtet. Es wäre deshalb schön, wenn wir noch innerhalb des nächsten Jahres loslegen könnten", sagte Kotting-Uhl. Sie wolle das Anliegen in die Kommunalpolitik tragen: "Es ist ein gelungenes Modell für eine Verbindung von Ökologie und Ökonomie und sollte Schule machen", sagte Kotting-Uhl. Das Geld, das der Verein erwirtschaftet, kommt sozialen Projekten gemeinnütziger Träger zugute. Mögliche Empfänger können die Mitglieder vorschlagen. Wer das Geld bekommt, darüber entscheiden die Vereinsmitglieder in der Jahreshauptversammlung.

BUNDESTAGSABGEORDNETE:

MdB Sylvia Kotting-Uhl (siehe Bundestags-Seiten)

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA
Tel. 4709343

Renate.rastaeetter@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

Dr. Gisela Splett,

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6

Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de

Mitarbeiter: **Alexander Geiger**

Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Henrik Becker (*Fraktionssprecher*), Brühlstr. 3, 76646
Bruchsal, Tel. 07257 / 90 24 87, mail@henrik-becker.de

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und **Gabi Schiller**

Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5, Fax: 29 15 6

Mo- Do 9 -13, Fr 9 -12 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*) (Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt), Amthausstr. 22, 76227 KA
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

Bettina Lisbach (*stellvertretende Fraktionssprecherin*) (Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

Michael Borner (Soziales, Wohnen)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt (Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

Ute Schulze-Harzer (Kultur, Wirtschaft / Arbeit)

Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 40 213

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)

Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19,76229,Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Ursula Häffner

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe

Tel. 20 31 23 2 · Fax 20 31 23 4

buero.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de

Sprechzeiten Mo, Fr 9-12 Uhr und Mi 15 -18 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

Markus Ryll, Ebertstr. 20, 76137 KA, Tel. 8 20 05 46

Michael Gast (Verkehr, Städtebau und Migration),
Karlst. 93, 76137 KA, Tel. 9 37 40 43

Sabine Just-Höpfinger (Umweltschutz, erneuerbare Energien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

Tanja Kluth (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz),
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170-1618435

Thomas Krause (Kassierer), Welschneureuter Str. 23,
76149 KA, Tel. 78 14 82

Arbeitskreise:

AK Frauen: Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

AK Klima: Harald Löffel, Tel. 62 38 54 7

AK Lesben und Schwule: Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 856436

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Martin Pötzsche, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

Tanja Kluth, Reichenbachstr.12 ,76227 KA, Tel. 49 22 74

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenackerw. 57, 76199,Tel. 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenackerw. 31,76199,Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

Herausgeber	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Redaktion	Johannes Honné
Druck	Doris Schmitt, Karlsruhe
Auflage	260 Exemplare